



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

OB/B Büro des Oberbürgermeisters

Beteiligt:

Betreff:

Anregung/Beschwerde gem. § 24 Gemeindeordnung NRW: Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Viktor Orbán

Beratungsfolge:

26.01.2016 Beschwerdeausschuss

Beschlussfassung:

Beschwerdeausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Beschwerden, Anregungen, Bürgerdienste und Ordnungspartnerschaften betrachtet die vorliegende Anregung/Beschwerde als unzulässig und erklärt sich gem. § 11 Abs. 2 der Hauptsatzung für die Stadt Hagen als unzuständig für eine Beratung.



Anregung/Beschwerde

Mit Schreiben vom 14.10.2015 wird von der Partei „Die Republikaner“, vertreten durch ihren Landesvorsitzenden, angeregt, dem Regierungschef Ungarns, Herrn Viktor Orbán, die Ehrenbürgerschaft der Stadt Hagen zu verleihen. Die weitere Begründung zu dieser Anregung ergibt sich aus der Anlage.

Stellungnahme der Verwaltung

Weder die antragstellende Partei noch der sie vertretende Landesvorsitzende hat erkennbar einen irgendwie gearteten persönlichen Bezug zur Stadt Hagen. Gleichlautende Anregungen wurden von der Partei an zahlreiche Gemeinden in NRW gerichtet. Der Städte- und Gemeindebund NRW vertritt mit Hinweis auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Minden vom 16.05.2012 (Az. 2 L 272/12) die Auffassung, dass diese Anregungen /Beschwerden unzulässig sind. Die zuständigen Gremien seien daher nicht verpflichtet, sich mit der Eingabe inhaltlich zu befassen. Diese Feststellung kann im Einzelfall jedoch gem. § 24 Gemeindeordnung NRW nicht die Verwaltung treffen, da ihr die sogenannte „Vorprüfungsbefugnis“ fehlt. Nur das angerufene Gremium selbst kann entscheiden, ob es sich mit einer Eingabe befassen will.

Dem Ausschuss für Anregungen, Beschwerden, Bürgerdienste und Ordnungspartnerschaften wird daher empfohlen, die Feststellung zu treffen, dass diese Anregung/Beschwerde als unzulässig betrachtet wird und sich der Ausschuss gem. § 11 Abs. 2 der Hauptsatzung für die Stadt Hagen als unzuständig für eine Beratung erklärt.

Informationshalber weist die Verwaltung auf folgende Regelung zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt Hagen hin:

Die Satzung über die Ehrung für Verdienste um die Stadt Hagen, geändert durch den II. Nachtrag vom 10. März 2014, trifft in § 2 Abs.1 und 2 folgende Regelungen:

- (1) Das Ehrenbürgerrecht ist die höchste von der Stadt Hagen zu verleihende Auszeichnung.*
- (2) Zu Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürgern können Persönlichkeiten ernannt werden, die sich **um die Stadt Hagen** überragende Verdienste erworben haben.*

Insofern dürfte auch in dem Fall, dass die Anregung/Beschwerde zulässig wäre, eine Verleihung der Ehrenbürgerschaft an die genannte Person ausgeschlossen sein.

gez.

(Oberbürgermeister Erik O. Schulz)



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

☒ Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

Anlage
Vorlage Nr. 0009/2016
Seiten 1-3

Von: Republikaner NRW [<mailto:nrw@rep.de>]

Gesendet: Mittwoch, 14. Oktober 2015 19:03

An: FP_Stadtverwaltung

Betreff: Unsere Anregung "Verleihung Ehrenbürgerschaft an Viktor Orbán" vom 25.09.2015



REP. Postfach 140407, 40074 Düsseldorf

Oberbürgermeister Hagen
Postfach 4249
58042 Hagen

Der Landesvorsitzende
40074 Düsseldorf
Postfach 140407
Tel. 0211 - 602 23 83
Fax 0211 - 602 23 82
nrw@rep.de
14.10.2015

Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW (Bürgeranträge)

Unsere Anregung vom 25.09.2015 per e-Post Verleihung Ehrenbürgerschaft an Viktor Orbán

OberSehr geehrter Herr Schulz,
sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der freundlichen Hinweise, dass Anregungen und Beschwerden nur schriftlich eingereicht werden können, übersende ich Ihnen nachstehend unsere Anregung bzgl. einer Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Viktor Orbán.

Mit freundlichen Grüßen


André Maniera

Landesvorsitzender Republikaner NRW

**Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW (Bürgeranträge)
Verleihung Ehrenbürgerschaft an Viktor Orbán**

Die Republikaner, LV NRW, regen an, Viktor Orbán in Ihrer Stadt zum Ehrenbürger zu ernennen. Als Begründung verweisen wir auf die Tatsache, dass er als einziger Regierungschef versucht, die europäischen Rechtsgrundlagen in der Behandlung der Asylverfahren (Dublin III – Verordnung Nr. 604/2013 des europäischen Parlaments*) umzusetzen, während die deutsche Bundesregierung bestehendes Recht missachtet und deshalb von der EU-Kommission mit einem Strafverfahren bedacht wird.

Orbán's Haltung, geprägt von europäischer Weitsicht, sollte gerade in Deutschland gewürdigt werden, da Ungarn mit seiner Handlungsweise auch Schaden von Deutschland fernzuhalten versucht.

Über die Entscheidung des Rates bitte ich Sie, mich zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen


André Maniera

Landesvorsitzender Republikaner NRW

*Die Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist, ist eine Verordnung der Europäischen Union, nach der der Mitgliedstaat bestimmt wird, der für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Die Verordnung tritt an die Stelle der Dublin-II-Verordnung und wird auch Dublin-III-Verordnung genannt. Sie ist am 19. Juli 2013 in Kraft getreten und ist ihrem Art. 49 zufolge ab dem 1. Januar 2014 unmittelbar anzuwenden.